

Monatsspiegel

November 2004



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Millionäre zur Kasse bitte! Ein Plädoyer für die Wiedererhebung der Vermögensteuer

von Thomas Goger - Juso Landesvorsitzender

Die Ausgangslage ist eigentlich klar: Die staatlichen Haushalte auf allen Ebenen leider unter chronischen Finanzierungsnöten. Auf der anderen Seite entziehen sich die Reichen und Superreichen in unserem Land, die auch in den letzten Jahren riesige Vermögenswerte anhäufen konnten, immer dreister ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen.

Wer dies jedoch zum Anlass nimmt, mehr oder weniger laut darüber nachzudenken, mit welchen Instrumenten diese Missstände zu bekämpfen wären, und dabei gar noch das Wort Vermögensteuer in den Mund nimmt, ernetet im günstigsten Fall mitleidiges Lächeln,

ansonsten blankes Entsetzen. Die „Argumente“, die dann zu hören sind, sind seit Jahr und Tag die gleichen. Das scheue Kapital würde fluchtartig Deutschland verlassen. Allein schon die Debatte über eine reformierte Vermögensteuer sorge an den Kapitalmärkten für nicht wieder gut zu machenden Schaden. Außerdem sei ja schließlich vom Bundesverfassungsgericht hinreichend klar gemacht worden, dass die Vermögensteuer mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. Im Übrigen sei das Verlangen nach einer gerechten Besteuerung der Vermögenden nur Ausfluss des nicht tot zu kriegenden Sozialneids ewiggestriger linker Ideologen.

Die Sache mit der Verfassungswidrigkeit

Das Verfassungsgericht hat nicht die Vermögensteuer als solche für verfassungswidrig erklärt, sondern die Art der Erhebung. Etwas anderes würde schon deshalb seltsam anmuten, weil das Grundgesetz in seinen Artikeln über die Finanzverfassung explizit z.B. die Verteilung der Erträge aus der Vermögensteuer regelt. Verfassungskonform verteilt werden kann aber nur eine Steuer, die auch verfassungskonform erhoben werden kann. Die angebliche Verfassungswidrigkeit der Vermögensteuer ist also eine Fabel, die

Fortsetzung auf Seite 3

Termine

November

4	20.00	Waldschänke	Distrikt Ost	S. 7
9	20.00	Gaststätte Mohrenkopf	Distrikt Innenstadt	S. 7
9	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 8
10	20.00	August-Bebel-Haus	AG AsF	S. 10
11	17.00	August-Bebel-Haus	AG 60Plus	S. 9
11	18.00	Turnerbund	Kreisvorstandssitzung	
11	20.00	Gaststätte Turnerbund	Kreismitgliederversammlung	S. 4
14	12.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 8
16	20.00	Angerwirt, Guhmannstr.	Distrikt Anger	S. 6
16	20.00	Schützenheim	Distrikt Eltersdorf	S. 6
16	20.00	Gaststätte BSC	Distrikt West	S. 9
17	20.00	Gaststätte Mohrenkopf	Projektgruppe Wirtschaft u. Sozialp.	S. 9
30	20.00	Distrikt Frauenaurach		S.6

Dezember

1	18.30	August-Bebel-Haus	AG AsF	S. 10
6	20.00	Gaststätte Orpheus	Kreisvorstandssitzung	
9	20.00		Distrikt Frauenaurach	S. 7
13	20.00	Bayrischer Hof	Kreismitgliederversammlung	
16	20.00	Gasthof Rangau	Distrikt Dechsendorf	S. 6

ab 16. November: Einschreibung für das Volksbegehren „Aus Liebe zum Wald“

**8. November 19.30 VHS Friedrichstr.
Das Abendland und ein Quadratmeter Islam**

**27. November 19.30 Uhr
Gemeindehaus am Bohlenplatz
Theater: Terra! Terra!- eine Sojabohne packt aus**

Kontakt

Kreisverband:

Vorsitzender: Robert Thaler

Tel.: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:
Karin Franke - Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter
Baumschulenweg 11,
91058 Erlangen
Tel.:09131303090
e-mail:monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage:

750 Stück

sich bedauerlicherweise aber hartnäckig im öffentlichen und vor allem medialen Diskurs hält. Hier ist Aufklärung dringend geboten.

Tatsächlich beanstandet hat das Gericht in seinem Urteil die ungleiche Behandlung von Grundbesitz und anderen Vermögensarten bei der Steuerfestlegung. Grundstücke wurden im Gegensatz zu den meisten anderen Vermögensarten mit 140 % ihres Einheitswerts von 1964 angesetzt, obwohl ihr Verkehrswert mittlerweile natürlich deutlich stärker angestiegen ist. In dieser Bewertung von Immobilienvermögen sah das Gericht – völlig zu recht – eine krasse Benachteiligung z.B. von Geldvermögen. Bei einer realistischen Einbeziehung des Grundstückvermögens dürfte die Vermögensteuer also wieder erhoben werden.

Das Kapital als scheues Reh

Deutschland würde mit einer Vermögensbesteuerung international nicht alleine dastehen. In vielen anderen Ländern der Europäischen Union wird das Privatvermögen sogar stärker besteuert. Auch die USA als Musterland des Kapitalismus haben kein Problem damit, eine Vermögensteuer einzutreiben.

Außerdem gibt es zumindest legal keine Möglichkeit, sein Vermögen durch Verlagerung ins Ausland vor der Steuer zu schützen. Wer in Deutschland wohnt, muss auch sein Vermögen hier versteuern.

Der „Steuerflucht“ kann durch ein international abgestimmtes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung, bessere Kontrollen vor allem durch mehr Steuererfahrender und Betriebsprüfer sowie eine europaweite Vereinheitlichung der Steuersätze in erheblichem Umfang ein Riegel vorgeschoben werden. Voraussetzung dafür ist aber ein entsprechender politischer Wille. Die ersten Schritte in diese Richtung wurden in den letzten Jahren auf europäischer Ebene bereits vollzogen. Daran ließe sich anknüpfen.

Der Neid der Besitzlosen?

Bei der Vermögensteuer geht es nicht um Neid auf die privilegierten Teile der Bevölkerung. Es geht es auch nicht einfach um eine „Steuererhöhung“, die alle Bürger/innen gleichmäßig trifft. Es geht vor allem darum, wieder ein Stück mehr an Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Bekanntlich verfügen gerade einmal 1 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung über 25 Prozent des Geldvermögens (nach einer Studie des Investmentbankinstituts Merrill Lynch). Insgesamt besitzen nur 1,5 Millionen Haushalte ein Privatvermögen, das den möglichen Freibetrag von 500.000 Euro übersteigt (Quelle: Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung).

Es geht also darum, diejenigen zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranzuziehen, die sich dies ohne Probleme auch leisten können.

Wann, wenn nicht jetzt!

Bei der Vermögensteuer gibt es keine negativen Auswirkungen auf die Konjunktur. Die Reichen und Superreichen sollen hierdurch einen höheren Beitrag leisten. Der Massenkonsum wird nicht beschnitten. Die öffentlichen Haushalte können das Aufkommen nutzen, um die Binnennachfrage zu stützen. Weitere nachfrageschwächende und unpopuläre Ausgabekürzungen können vermieden, öffentliche Investitionen gesteigert werden.

Auch wenn die Pläne für die Vermögensteuer in den Medien meist kritisch bis ablehnend kommentiert wurden, ist eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung festzustellen. In einer Umfrage für die ARD Ende September 2002 zeigten sich 67 Prozent zustimmend zu Plänen für die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Gerade die bayerische SPD könnte die Auseinandersetzung um die Vermögensteuer zudem gut und nachvollziehbar zuspitzen: Es ist für die Mehrheit der Menschen auch in Bayern mehr als unverständlich, wenn Schulen und Universitäten oder der öffentliche Dienst flächendeckend von Edmund Stoiber kaputt gespart werden, gleichzeitig die Millionäre im Land sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung politisch geduldet jedoch weiterhin bequem entziehen können.

Das Thema Vermögensteuer (besser: Millionärssteuer) gehört also wieder auf die politische Agenda.

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe Dezember 2004
24. 11. 2004**

**Montag, 8. November
2004
19.30 Uhr**

Das Abendland und ein Quadratmeter Islam - Der Kopftuch-Streit

Mit Heide Oestreich, Berlin

**Erlangen, Volkshochschule,
Friedrichstr. 19,
Großer Saal**

Eintritt: 4 Euro, erm. 3 Euro

Veranstalter: Dritte Welt Laden Erlangen., Volkshochschule Erlangen



Heide Oestreich, Politologin und Redakteurin der Tageszeitung (taz) in Berlin den Horizont im Kopftuch-Streit zu weiten, dokumentiert und diskutiert all die unterschiedlichen Positionen gründlich und prüft kritisch deren Argumente.

In diesem Monat

Kreismitgliederversammlung	4
Für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer - Antrag	5
Aus den Distrikten	6
Aus den Arbeitsgemeinschaften	9
Geburtstage	11
Leserbriefe	12
Aus dem Stadtrat	14
Volksbegehren	16 Leserbrief

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächste Kreismitgliederversammlung
am

**Donnerstag, den 11. November 2004,
20.00 Uhr,
Turnerbund, Spardorfer Str. 79**

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles
2. Die JUSO´s Erlangen gestalten das Hauptthema:
Wiedereinführung der Vermögenssteuer
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

**Samstag, 27. November
2004, 19.30 Uhr**

**Terra! Terra! - Eine Soja-
bohne packt aus
Gemeindehaus am
Bohlenplatz, Großer Saal**

Eintritt: 10 Euro, 8 Euro ermäßigt, Vor-
verkauf bei den Veranstaltern

Veranstalter: Bund Naturschutz
Erlangen, Dritte Welt Laden Er-
langen, Evangelische Stadt-
akademie, Katholische Erwach-
senenbildung, Kirchlicher Ent-
wicklungsdienst Bayern, Loren-
zer Laden Nürnberg



Antrag an die KMV des SPD-Kreisverbandes Erlangen am 11.11.2004

Antragsstellerin: Birgit Brod

Für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer

Die SPD geführte Bundesregierung kämpft mit der problematischen Haushaltslage. Bei - teilweise selbst verursachten - Steuerausfällen und, auch aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit, wachsenden Staatsausgaben wurde gleichzeitig, unabhängig vom konjunkturellen Umfeld, das zunächst alles andere überlagernde Leitbild der Haushaltskonsolidierung vorgegeben.

Verstanden wurde die grundsätzlich von zwei Seiten her denkbare Konsolidierung über Mehreinnahmen oder Spar- und Kürzungsprogramme bisher hauptsächlich im zweitgenannten Sinne. Betroffen von den Streichungen und Kürzungen waren vor allem Sozialleistungen, Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie die öffentlichen Investitionen.

Die Einsparungen bei Bildung, Ausbildung und Wissenschaft lassen das geistige Potential der Menschen ungenutzt, und die Kürzungen der Sozialleistungen drücken Millionen an den Rand der Gesellschaft. Überdies ist staatliche Sparpolitik in Zeiten anhaltender Massenarbeitslosigkeit wirtschaftlich unvernünftig, weil sie zur allgemeinen Schwäche der Nachfrage beiträgt und damit Krisen verschärfend wirkt.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend geboten eine verfassungsrechtlich zulässige, sozial gerechte und konjunkturell und wachstumspolitisch unbedenkliche Vermögensbesteuerung wieder einzuführen und hierdurch die Finanzlage der Länder von der Einnahmenseite her zu konsolidieren und Raum für wichtige Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Gerade in Bayern wäre dies eine sinnvolle Alternative zu Stoibers rabiatem Sozialkahlschlag.

Vermögenssteuer - die Forderungen

In der Intention übereinstimmend mit den früheren Vorschlägen der

Länderministerpräsidenten Beck und Gabriel und des „Superministers“ Clement fordern wir die SPD geführte Bundesregierung und die SPD Bundestagsfraktion daher auf, unverzüglich gesetzgeberische Initiativen zur verfassungskonformen Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu ergreifen.

Hierbei ist auf eine korrekte Besteuerung von Immobilienvermögen, etwa ausgehend von dem Ertragswert, zu achten. Die weitere Ausgestaltung sollte sich an folgendem orientieren:

- pro Haushalt gibt es einen Freibetrag von 250.000 EUR,
- selbstgenutzte Immobilien werden nicht besteuert,
- der Steuersatz beträgt 1 % auf das Nettovermögen (= Bruttovermögen minus Schulden) und steigt bei einem Vermögen von über 5 Millionen Euro auf 2-3%

Der Ertrag der Vermögenssteuer für sich ermöglicht keinesfalls die Lösung aller Finanzprobleme in Deutschland. Weitere Änderungen im Bereich des Steuerrechts - z.B. die Erhöhung der Erbschaftssteuer, die Wiedereinführung der Anfang der 90er Jahre abgeschafften Kapitalverkehrssteuern sowie die stärkere und konsequent kontrollierte Besteuerung von Spekulationsgewinnen (siehe Koalitionsvertrag 2002) - sind mittelfristig erforderlich. Die schnelle Wiedereinführung der Vermögenssteuer würde jedoch ein wichtiges politisches Signal setzen. Sie ist ein deutlich sichtbarer Schritt des politischen Umsteuerns - weg von einer Politik ökonomischer Unvernunft und sozialer Polarisierung, hin zu mehr wirtschaftlicher Vernunft und zu sozialer Gerechtigkeit.

Child, tell them

(For C J Odhiambo)

Child,
If they ask you why you drink
Water from the sewage dams
Tell them you are an African.

If they ask you why you are starving
Tell them you are an African.

If they ask you why you are living
in refugee camps
Tell them you are an African.

If they ask you why you are not in
school,
Tell them you are an African.

Tell them so,
Dear child,
Because you know there is a child
policy in Manhattan
Because there is a hospital for every
child to be born in Guangzhou.
In Canada there are stadiums for
every child's home.
In Tokyo there is a computer for
every child.
In Texas there are food mountains
to last American children
In one thousand years future war.

In India there is a nuclear plant
to protect every child.

And you know what is in Africa
And you know you have a dream for
Africa
And that you know what you will do for
Africa.

If they ask what you future plans are
Tell them you are an African.

If they ask you what your race have
Achieved since independence
Tell them Africa.,

Child,
Every question they ask you
You know the right answer.

So tell them it is Africa.

Even when they ask to take
You where they live
Tell them " No, I'm an African!"

-By JM KARIUKI



Anger

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
nächsten Distriktsversammlung am

**Dienstag, 16. November,
20.00 Uhr
beim Angerwirt,
Guhmannstraße**

Tagesordnung:

**1. Mieterhöhung bei der GEWO-
Bau**

**Referent : Herr Kampf, Leiter der
GEWO-Bau**

**Gast: Ingrid Kiesewetter, Fraktions-
sprecherin GEWO-Bau**

2. Aktuelles, Berichte

**3. Diskussion über Nachwahlen zum
Distriktsvorstand**

4. Verschiedenes

Der Vorstand

Dechsendorf

Liebe Mitglieder in Dechsendorf

nach längerer Zeit laden wir Euch -
umso herzlicher - ein zu unserem

**Karpfessen mit Sitzung
am Dienstag, 16.12.2004
um 20.00 Uhr
im Gasthof Rangau**

In gemütlicher Runde wollen wir euch
über die letzten Entwicklungen in Orts-
beirat und Stadtrat informieren und
miteinander diskutieren, wie wir die
zukünftige Arbeit in Dechsendorf ge-
stalten können. Kommt und redet

mit, sagt, wo euch der Schuh drückt -
es geht um unser Dorf und unsere
Stadt!

Wie immer sind Freunde und Bekann-
te herzlich willkommen!

Im Namen des Vorstands grüßt euch
euere Ursula Lanig



Vorsitzender:
Norbert Fischer

Eltersdorf

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unser nächstes Distrikttreffen ist am

**Dienstag, den 16. Novem-
ber
um 20 Uhr
im Schützenhaus Elters-
dorf**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand

Manfred Jelden



Vorsitzender:
Manfred Jelden Tel: 601333

Frauenaurach

Einladung zur

**öffentlichen Distrikt-
versammlung
Am Dienstag, den 30.
November 2004**

Ort wird noch bekannt gegeben.

Kürzungen im ÖPNV - Wie sind wir
Frauenauracher betroffen?

Referent: Herr Frühwald



Vorsitzender:
Thomas Hein

Protokoll der Distriktversammlung vom 12.10.04

1. Aktuelles

Walter Fellermeier berichtet von der gestrigen Ortsbeiratssitzung, die von den Bürgern so gut wie nie zuvor besucht war. Obwohl Themen wie Park-situation und Mobilfunkmasten auf der Tagesordnung standen, verhielten sich die Bürger und Bürgerinnen diszipliniert und diskutierten sachlich. Die beiden Vertreter von Eplus und O2 standen auch nach der Sitzung für weitere Fragen zur Verfügung.

Der Stadtrat bestätigte als neue SPD-Vertreterin für den Ortsbeirat Kriegensbrunn Andrea Kriesl.

Thomas Hain berichtet aus dem KV, zu dem Bezirksrat Horst Krömker eingeladen war.

Walter Fellermeier ist traurig darüber, dass die neue Elternbeiratsvorsitzende die traditionelle Frauenauracher Veranstaltung Pelzmärtel innerhalb von nur 2 Jahren kaputt gemacht hat. Letztes Jahr wurde sie in die Frauenauracher Klosterkirche verlegt, so dass die Zuschauer, die früher den gesamten Platz gefüllt hatten, keinen Platz mehr hatten und dieses Jahr gibt es Gerüchte, sie komplett entfallen zu lassen.

2. Öffentliche Veranstaltung ÖPNV

Die Veranstaltung wird auf den 30. Nov. festgelegt, der Ort wird noch bekannt gegeben.

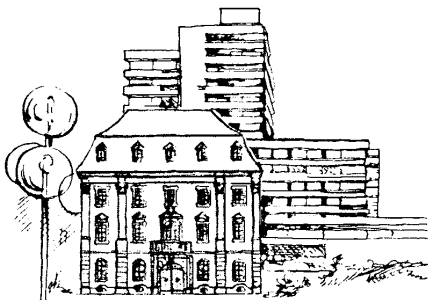
Da die GTH Frauenaurach zur Grundschule zurückgestuft wurde, müssen die Schüler und Schülerinnen nun mit dem ÖPNV in die Hedenus-Schule fahren. Auch dieses neue Problem muss in dieser Veranstaltung thematisiert werden.

3. Termine

- 30. Nov. Öffentliche Veranstaltung ÖPNV
- 9. Dez. Weihnachtsfeier

Für das Protokoll
Gabi Dorn-Dohmstreich

Innenstadt



Vorsitzende:

Barbara Pfister Tel. 502481
e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zu unserer Distriktssitzung am

**Dienstag, den 9. November 2004 20.00 Uhr
Nebenzimmer Gaststätte
Mohrenkopf, Schiffstraße.**

Tagesordnung:

- **Aktuelles aus der Kommunalpolitik (Haushalt, innenstadt-bezogene Probleme)**

- **Finanzen**
- **Planungen für das Jahr 2005**
- **Mitgliederbetreuung und - mobilisierung**

Wir würden uns über einen regen Besuch freuen.

Für die Vorstandschaft

Barbara Pfister

Ost



Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531
e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de
stellvertretende Vorsitzende:
Monika Wendler Tel.: 401737
e-mail: moni.wendler@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Distriktversammlung
am Donnerstag, den
04.11.2004 , 20.00 Uhr**

in der Waldschänke, Lange Zeile 104

Jochen Kraft

Wir trauern um unser Mitglied und lieben
Genossen

Wernfried Gebhardt

20. 03. 1930 – 06.10. 2004

Eintritt in die SPD 1951

Niendorfstraße 8, 91054 Erlangen

Für den Vorstand:

Jochen Kraft



Vorsitzender:

Rolf Schowalter Tel.: 601924

e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Einladung zu unserer **Distriktversammlung**

**am Dienstag, den
09.11.04 20.00 Uhr
Schloßgaststätte**

Tagesordnung:

- 1. Aktuelles**
- 2. Berichte**
- 3. Die geplante Bürgerversicherung: Veränderungen gegenüber dem jetzigen System - Unterschiede zu anderen Modellen - Risiken**
- 4. Verschiedenes**

Einladung

An alle Genossinnen und Genossen aus Tennenlohe und aus den anderen Distrikten sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten von überall

Wir laden Euch alle recht herzlich ein zum

**Gansessen bei Fritz Klein
im „Schlöbla“
(d.i. Schlossgaststätte)
Sonntag, den 14.11.04,
12.00 Uhr**

Wir freuen uns auf ein gemütliches Zusammensein

Wegen der notwendigen Vorbereitung des Gastwirts:

Tennenlohe

Bitte eine kurze mündliche bzw. telefonische Mitteilung oder e-mail bis zum 10.11. (Telefonnummer bzw. e-mail Adresse s.o.)

Für den Vorstand

Rolf Schowalter

Bericht von der Distriktversammlung vom 14.9.04

1. Aktuelles:

Mitgliederbewegung: In letzter Zeit haben wir durch Wegzüge und Ausritte mehrere Mitglieder verloren.

2. Spielplatzfest: Kam bei den Besuchern gut an - leider kein Bericht in den EN. Die Gestaltung des Spielplatzes wird im Frühjahr fortgesetzt. Bilder sind auf unserer Homepage zu finden.

3. Tennenloher Bote: Für die Gestaltung der Sommerausgabe des Tennenloher Boten spricht die Versammlung Rolf Schowalter große Anerkennung aus. Der Bote war vor allem wegen der vielen Bilder von verschiedenen Veranstaltungen in Tennenlohe viel gelesen und gelobt worden. Die nächste Ausgabe ist für Ende November geplant. Redaktionsschluss Anfang November.

4. Kichweih: Mit zwei Anstichen war die SPD ordentlich vertreten.

5. Finanzen: Der neue Schaukasten und der Tennenloher Bote haben die Distriktkasse erheblich belastet. Jetzt muss gespart werden.

6. Bericht: von KV

7. Vorschau:

- Eine Beteiligung an der Fahrt nach Jena am 3.10. und Treffen mit Genossen aus Lobeda wird vereinbart.
- 5.11. in Erlangen: Veranstaltung mit Albrecht Müller über HartzIV
- Distriktwanderung am 10.10. ab 10.00 Uhr nach Etzelwang

C. Schnapper

Bericht von der Distriktversammlung vom 12.10.04

1. Aktuelles / Berichte:

- KV: Finanzen der SPD-Erlangen - Gespräch mit Anger - Mieterhöhungen bei GeWoBau

- Bergfest: Es werden noch neue Ideen gebraucht und Genoss(inn)en, die in der Vorbereitungsgruppe mitmachen.

- SonderKMV über „Frieden“ und „EU-Verfassung“

- Beteiligung SPD-Tennenlohe am Besuch in Jena war kurzfristig abgesagt worden. Eine eigene Fahrt und ein Treffen mit den Genossen aus Lobeda soll möglichst im Frühjahr/Frühsummer stattfinden und die Kontakte gefestigt werden.

2. Unsere SPD-Wanderung hat uns bei herrlichem Wetter in die romantische Oberpfalz geführt und war bei den Teilnehmern sehr gut angekommen.

3. Tennenloher Bote: Redaktionsschluss 1.11.

Es wurden Themen und Zuständigkeiten festgelegt.

4. Schaukasten: Einige Genossen forderten weniger Bundes-Plakate und mehr Ortsbezug im Schaukasten. C. Schnapper versprach je nach aktuell verfügbarem Material eine ausgewogene Mischung.

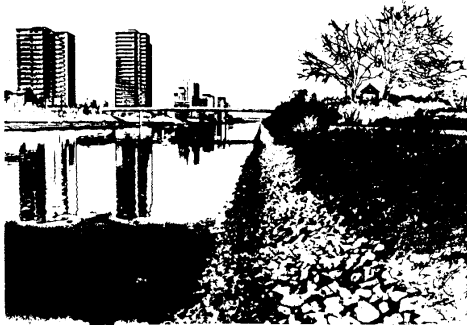
5. Hartz IV: Die wesentlichen Aspekte des Vorhabens wurden nach dem neusten Stand diskutiert. Im Gegensatz zu weit verbreiteten Meinungen werden Familien nicht in die Armut entlassen, da alle Familienmitglieder mit eigenen Unterstützungsbeiträgen bedacht werden. Aber Arbeitslose mit gut situierten Ehepartnern oder ehemals gut /sehr gut Verdienende müssen Einbußen hinnehmen. Offenlegung von Vermögensverhältnissen war auch bisher schon erforderlich! Die Panikmache auch von manchen Genossinnen/Genossen geht an der Sache vorbei.

6. Vorschau:

14.11. Gansessen in T'lohe (Schlossgaststätte)

19.11. Veranstaltung mit Gesine Schwan in Erlangen

C. Schnapper



Vorsitzender:
Gerd Peters Tel.: 44366
e-mail: gerd@peters.franken.de

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Distriktsversammlung am

**Dienstag, 16.11.04 um
20.00 im Nebenzimmer
des BSC Erlangen
(Schallershofer Straße)**

West

Tagesordnung:

1. **Aktuelles**
2. **Diskussion mit unserer Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat Gisela Niklas über kommunalpolitische Probleme und Strategien unter besonderer Berücksichtigung des Stadtwestens**
3. **Berichte aus Kreisvorstand, Stadtrat und Ortsbeirat**
4. **Verschiedenes**

Kommt und nutzt die Gelegenheit zur Diskussion mit Gisela Niklas!!

Für den Vorstand

Gerd Peters

Kurzprotokoll über die Distriktsitzung am 19.10.04

Unter dem TOP „Berichte“ informierte Feli Traub-Eichhorn über die aufgetauchte Frage, ob westlich des Kanals mittelfristig in der Planung eine Vereinssportanlage vorgesehen werden soll; diese war ursprünglich vorgesehen, verschwand aber aus entsprechenden aktuellen Unterlagen. In der Diskussion ergab sich ein eindeutiger Pro-Trend, das Thema soll weiter vertieft werden, zunächst bei der Diskussion mit Gisela Niklas im November. Angesprochen wurde auch das Thema „Spaßbad / Röthelheimbad“; hier steht eine Positionierung der Partei / Fraktion noch aus. Wegen der Forcierung des Themas durch die Stadt und angesichts des eingereichten Antrages auf ein Bürgerbegehren wird dies allmählich Zeit. Andreas Wäger hielt dann ein sehr informatives und breite Diskussion auslösendes Referat zum Thema „Ausbildungsplatzmangel / Jugendarbeitslosigkeit“.



Vorsitzende:
Brigitte Mugele Tel.: 22397

Liebe Genossinnen und Genossen!

Im November wollen wir uns am

**11. 11. um 17 Uhr
im August-Bebel-Haus**

treffen, um die Jahresplanung 2005 zu gestalten mit möglichst vielen neuen Ideen. Auch das Datum für unsere Weihnachtsfeier muss festgelegt werden.

Kommt möglichst zahlreich!

Eure Brigitte.

Projektgruppe Wirtschafts- und Sozialpolitik

Liebe GenossInnen,

bei unserem nächsten

**Treffen am 17.11. um 20
Uhr im Mohrenkopf, Ne-
benzimmer (Schiffstraße)**

werden wir die Diskussion über alternative Finanzierungsmodelle des Sozialstaats weiterführen.

Themen werden unter anderen sein:

- **Wertschöpfungssteuer**
- **Bürgerversicherung**

mit solidarischen Grüßem

Florian Janik

Referent für Schulung und Arbeitskreise

2003/2004 – vor der Landtagswahl 2003 für das Forstamt, nach der Wahl für die Zerschlagung

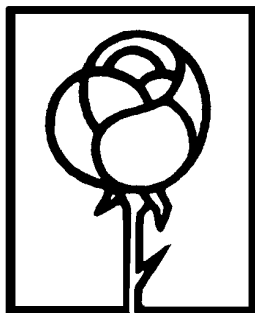
Staatsminister Erwin Huber

(Quelle: Brief an das Bürgerwaldforum vom 29.04.03)

„Die Bündelung von Staatswaldbewirtschaftung, hoheitlichen Aufgaben sowie der Beratung und Förderung

des Privat- und Körperschaftswaldes ermöglicht die Optimierung des Gesamtnutzens für alle Waldbesitzarten und dient damit dem Wald und den Gesamtinteressen der Gesellschaft am besten.“

ASF



Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114

Birgit Hartwig Tel.: 55939

Hildegard Gröger Tel.: 502415

Julie Mildenberger Tel.: 23435

Protokoll der AsF-Sitzung, 15. September 2004, im Frauenzentrum

Thema: Hartz IV – Auswirkungen auf die Frauen (in Erlangen) in ihren jeweiligen Lebenssituationen

Referentin: Frau Bürgermeisterin und Sozialreferentin Dr. Preuß; eingeladen waren außer den Frauen von der AsF auch die Vertreterinnen von Erlanger Frauengruppen, die das Angebot gerne annehmen.

Die Stadt Erlangen favorisiert das sogenannte „Optionsmodell“, d. h. die Stadt verwaltet in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit die Arbeitslosigkeit bzw. übernimmt die Betreuung der Arbeitslosen, die Auszahlung des Arbeitslosengeldes sowie die Durchführung von Fördermaßnahmen,

Qualifizierungskurse etc. in Zusammenarbeit mit der GGFA in Erlangen.

Es ging in der Sitzung nicht grundsätzlich um Hartz IV und mögliche Alternativen zu den geplanten Kürzungen/Veränderungen im Sozialbereich, sondern ganz speziell um die Möglichkeiten die sich für die Stadt Erlangen ergeben.

Frau Dr. Preuß stellte am Anfang der Sitzung die gesetzlichen Grundlagen von Hartz IV und vom ALG II vor und die Überlegungen der Stadt, die dazu geführt haben, dass sich Erlangen für das Optionsmodell beworben hat. In Erlangen wurde schon frühzeitig mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften etc. gesprochen, um zu klären, was für die Betroffenen die beste Lösung sein könnte – man geht von 2000-2500 Bedarfsgemeinschaften aus, die unterstützt werden müssen (geschätzt, genau aufgeschlüsselte Zahlen wird es wohl erst zum Jahresende geben).

Sie stellte dar, dass durch dieses Optionsmodell bei guter Organisation (d.h. möglichst wenig Verwaltungskosten) mehr Möglichkeiten/Spielraum für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vorhanden sei (wohlgemerkt: es geht nicht um die Auszahlung des ALGII, das läuft weiter direkt über Berlin, sondern „nur“ um Förderprogramme etc.).

Das neue Gesetz wird als Chance gesehen, eine bessere Unterstützung der

betroffenen Familien durchzuführen; das Ganze ist erst einmal auf 6 Jahre angelegt, dann wird geschaut ob das Experiment fortgeführt wird oder nicht und wie Erlangen im Vergleich zu anderen Städten abgeschnitten hat.

Frau Preuß betonte mehrmals, dass bei schwierigen Fällen „nach Augenmaß“ entschieden werden soll, z. B. dass Vermittlungen nicht auf Teufel komm raus, sondern unter Berücksichtigung der Umstände der gesamten Bedarfsgemeinschaft (z. B. Kinderbetreuungsmöglichkeiten) durchgeführt werden sollen. Auch bei Repressionsmaßnahmen soll „nach Augenmaß“ entschieden werden...

In der Diskussion kamen viele kritische Fragen, zu so unterschiedlichen Themenbereichen wie Frauen im Frauenhaus, Situation von Migrantinnen, Studienabgängerinnen, 1-Euro-Jobs. Hier konnte Frau Preuß wenig ausführen, sie zog sich darauf zurück, dass die Verwaltung „nach Augenmaß“ entscheiden würde – nach wessen Augenmaß und wieviel Augenmaß ist überhaupt möglich? Viele Fragen blieben offen, und es bleibt abzuwarten, ob die Stadt wirklich so viel Entscheidungsspielraum hat wie uns Sozialreferentin Dr. Preuß glauben machen wollte. Die AsF wird genauso wie die anderen Frauengruppen in Erlangen die weitere Entwicklung kritisch begleiten!

Julie Mildenberger

Liebe Frauen,

hiermit laden wir Euch ein zur nächsten AsF-Sitzung

am Mittwoch den 10. November 04 um 20.00 Uhr im August-Bebel-Haus

1. Aktuelles

2. Grundlagen zur Gentechnik

3. Verschiedenes

Terminvorschau:

15.11. 19:30 Uhr Soja, Mais + Schokocreme - Wo GEhen wir hin? Im IGM-Saal, Friedrichstr. 7

1.12. 18:30 Uhr AsF-Sitzung (ACHTUNG: Geänderte Anfangszeit) im ABH

1.12. 20:00 Uhr Bürgerinnenversammlung in der Schule Büchenbach Nord

17:12. AsF-Weihnachtsfeier im Frauenzentrum

Gabi Dorn-Dohmstreich

Soja, Mais und Schokocreme – wo GEhen wir hin?

Mit Brigitte Neumann, Erlangen

Die Kennzeichnung ist per Gesetz beschlossen, die Unsicherheit bei den VerbraucherInnen bleibt: Was wird genau gekennzeichnet, wie ist das mit Erzeugnissen, die mit „Gen-Futter“ produziert wurden, oder warum werden Gen-Produkte eben nicht den Hunger in der Welt eindämmen? Um diese und andere Fragen wird es in dieser Veranstaltung gehen.

Wir gratulieren zum Geburtstag:

November 2004



Wir möchten allen, die im November ihren Geburtstag feiern, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

03.11.	Friedrich Drechsler 60 Jahre	12.11.	Joachim Ziegler 84 Jahre
03.11.	Ruth Sych 71 Jahre	16.11.	Georg Eschenbacher 70 Jahre
08.11.	Anni Frank 77 Jahre	19.11.	Anton Neubauer 65 Jahre
08.11.	Grete Höfer 81 Jahre	22.11.	Lutz Reyher 77 Jahre
08.11.	Rosi Pfister 71 Jahre	28.11.	Erich-Herbert Mondon 65 Jahre
10.11.	Margit Holdschick 65 Jahre	30.11.	Maria Holzmermer 81 Jahre
11.11.	Luise Ponader 82 Jahre	30.11.	Harald Straube 81 Jahre

will ich: www.sparkasse-erlangen.de

175 Jahre Sparkasse Erlangen - unser Jubiläum zahlt sich für Sie aus. Für Ihr Vertrauen sagen wir Dankeschön mit attraktiven Angeboten. Jubeln Sie mit!

175 Jahre
Sparkasse Erlangen

Unser Dankeschön:
attraktive Angebote
zum Jubeln!

175 Jahre  Dankeschön!
SPARKASSE ERLANGEN



Stefan Barth

Was ist gerecht?

Die Gerechtigkeit ist, sagt die Enzyklopädie, ein vager Begriff der Philosophie. Man kann sie definieren als den Versuch, jedermann fair und moralisch angemessen zu behandeln. Insofern existiert Gerechtigkeit nur in Beziehungen zwischen den Menschen. Die soziologische Funktion der Gerechtigkeit besteht darin, innerhalb menschlicher Beziehungen Werturteile zu ermöglichen. Die Frage nach der Natur der Gerechtigkeit ist seit der griechischen Antike, Gegenstand intensiver philosophischer Debatten. Den Begriff der Gerechtigkeit untersucht insbesondere der Zweig der Moralphilosophie und soweit Gerechtigkeit auf religiöse Vorstellungen zurückgeführt wird, die Moralthologie.

Ich habe schon immer Genossen bewundert, die auf Anhieb wissen, was gerecht ist. Zum Beispiel die Frage nach der Höhe der Renten. Ohne zu wissen, wer wie viel eingezahlt oder vorgesorgt hat, können sie beurteilen, ob die einem zustehende Rente, gerecht ist oder nicht.

Ich zahle jetzt den vollen Beitrag zur Krankenversicherung auf meine Betriebsrente. Von heute auf morgen muss ich 181 EURO im Monat (ca. 354.- DM) mehr zahlen und bekomme dafür obendrein weniger Krankenkassenleistungen. Ich fand das ungerecht. Nein, sagen die Beckmesser, das ist gerecht, weil ich ja eine hohe Betriebsrente habe.

Bei der Turborente (Überversorgung) der Abgeordneten, die sogar die Ruhestandsbezüge der Beamten weit in den Schatten stellt, hat man kein Unrechtsbewusstsein. Gerecht finde ich das nicht. Es hilft bloß nichts, denn in dieser Frage sind sich schwarze, rote, grüne und gelbe Mandatsträger ausnahmsweise einig.

Die Bundesverfassungsrichter, durchweg Beamte, haben beschlossen, dass die BfA-Rente besteuert werden muss, obwohl der Arbeitnehmeranteil aus dem versteuerten Einkommen bezahlt wurde. Einverstanden! Und was empfehlen

die hohen Richter zu ihren Ruhestandsgelähmten, zu denen sie keinen Beitrag zahlen? Die hohen Richter versteuern ihr Ruhegehalt, haben aber nie einen Eigenanteil eingezahlt.

Die Beamten stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Zu viele Abgeordnete in den Parlamenten profitieren davon. 16 Länderregierungen mit ihrem Beamtenapparat stehen Reformen entgegen. Deshalb wird am überholten Beamtenrecht nichts geändert.

Nun sollen, als Reform des Jahrhunderts, Beamte nach Leistung entlohnt werden. Ist das nicht selbstverständlich? Nein, nicht bei Beamten. Und der Vorsitzende des Beamtenbundes hat mit Streiks gedroht, falls sich am Beamtenrecht noch mehr ändert. Ich war bisher der irrigen Meinung es gebe, als die höchste Drohung, nur Dienst nach Vorschrift.

Die Krankenkasse muss für Erziehungsfehler anderer, für Suchtprobleme mit Alkohol, Rauchen, Ecstasy, neuerdings „Alcopops“ und Discohörschäden mithaften? Ich sehe darin eine Aufgabe der Gesamtgesellschaft, aber nicht der Krankenkasse, wenn die Ursachen in der Gesellschaft zu suchen sind, wie es heißt. Für Unfälle von Unbelehrbaren im Geschwindigkeitsrausch im Schnee oder auf den Straßen soll jeder Einzelne selber aufkommen und sich versichern. Dass die Krankenkasse dafür mithaften muss, finde ich ungerecht. Nein, werde ich belehrt, das ist solidarisch und damit gerecht.

Es gibt Ehepaare, die verzweifelt sind, weil sie keine Kinder kriegen können. Es gibt viele Ehepaare und noch mehr Sigles, die keine Kinder haben wollen, weil es ihren Lebensstandart einschränken würde und sie Kinder als Belastung empfinden.

Besagte Familien oder Singles werden nie erleben, dass Kinder und Enkelkinder auch viel Freude machen können

und man mit ihnen seine eigene Kindheit und Jugend mehrmals durchlebt.

Diese Beitragszahler werden später bei den Renten fehlen, und das finde ich unsolidarisch. Meine Nachkommen werden höhere Rentenbeiträge zahlen müssen und weniger Rente bekommen. Das finde ich ungerecht. Wo bleibt da die Generationengerechtigkeit? Nein, heißt es, das ist die Selbstbestimmung jeder Familie und damit gerecht!

Deutschland ist inzwischen Schlusslicht bei Neugeburten. In Frankreich und sogar in Amerika funktioniert das besser und die Geburtenrate ist viel höher.

Meine Oma hat 9 Kinder zur Welt gebracht, täglich eine Arbeitszeit von 15 Stunden und ihrem einzigen Urlaub verbrachte sie im Wochenbett. Die meisten Kinder verlor sie, weil Kinderkrankheiten damals noch tödlich waren. Sie starb im 99.sten Lebensjahr. Heute haben wir unvergleichlich bessere Bedingungen. Bei allem was noch verbesserungswürdig und wünschenswert ist, sind wir heute nicht zu bequem, egoistisch und zu wehleidig geworden? Zu sehr auf die Spaßgesellschaft fixiert?

Zu Arbeitslosengeld II kann man unterschiedlicher Meinung sein. Es gibt aber Protestorganisationen die zum Boykott aufrufen und dazu raten die Anträge nicht auszufüllen und nicht abzugeben. Die Kommunen und Bundesagenturen für Arbeit haben zusätzlich Berater eingestellt, die auf diese Anträge warten, damit man die Auszahlungen rechtzeitig erledigen kann. Diese Verweigerer schaden sich natürlich selber und wissen es vielleicht, noch nicht. Sie werden hinterher wehklagen und die Schuld bei anderen suchen.

Wenn sogenannte Spitzenmanager versagen und eine Firma in den Ruin treiben, werden sie mit hohen Abfindungen entlassen. Man denke nur an die Urbans, Sommers, Essers, Schremps u.a.! Die Arbeitnehmer verlieren ihren Job und werden arbeitslos ohne eigenes Verschulden. Das finde ich ungerecht. Die Manager müssten auch das Risiko mittragen und bei Erfolglosigkeit keine Abfindung bekommen.

Ich werde weiter meine Abgaben zahlen. Aber Gedanken über die Gerechtigkeit macht man sich schon!

Reformalternative?

Leserbrief von Willi Gehr

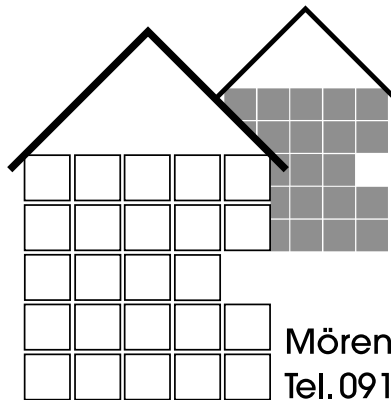
Liebe Genossinnen und Genossen, mit Sorge beobachte ich in letzter Zeit, dass es Tendenzen innerhalb unserer Partei, auch in unserem eigenen Kreisverband gibt, Stimmung gegen die eingeschlagenen Reformen unseres Kanzlers zu machen. Da spielen manche sogar mit dem Gedanken, eine eigene Partei links der SPD zu gründen. Doch gibt es zu den eingeleiteten Reformen überhaupt eine vernünftige Alternative?

Seit Jahren wissen wir, dass die hohen Kranken, Pflege- und Rentenbeiträge erhebliche negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft haben. Die hohen Lohnnebenkosten zu senken, war und ist unabdingbar, um die Voraussetzungen für eine Entlastung des Arbeitsmarktes zu schaffen. Die eingeleiteten Maßnahmen zeigen erste Erfolge. Steuererhöhungen, die von manchen gefordert werden, würden den sich abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung vollends abwürgen. Eine noch höhere Staatsverschuldung, als ohnehin schon vorgesehen, wäre eine unverantwortbare Belastung nach uns kommender Generationen.

Es gibt gewichtige Indikatoren dafür, dass der von Kanzler Schröder eingeschlagene Weg maßvoll und sozial ausgewogen ist, auch wenn er mit schmerzhaften Einschnitten für die Betroffenen verbunden ist, die keinen Sozialdemokraten kalt lassen können. Da ist zum einen die Tatsache zu benennen, dass alle Entscheidungen Ergebnis langwieriger Verhandlungen, auch mit dem politischen *Gegner sind*. Manches wäre wohl nicht so drastisch ausgefallen, wenn unsere Bundesregierung alleine hätte entscheiden können. Selbst von Seiten der Wirtschaft wird signalisiert, dass dies alles Schritte in die richtige Richtung sind.

Hinzu kommt, dass die Wähler den jüngsten Meinungsumfragen nach, zu der Erkenntnis gelangen, dass diese Politik ohne Alternative ist. Die Wähler wissen seit langem, dass Einschnitte in das soziale Netz unvermeidbar sind. Sie sind auch bereit, ihren Beitrag zu leisten, wenn Transparenz der Entscheidungsfindung und soziale Ausgewogenheit erkennbar sind. Die Wähler beginnen auch zu verstehen, dass die Pläne von CDU und CSU noch wesentlich drastischere Schritte vorsehen, und dass unser politischer Gegner noch erhebliche Schwierigkeiten hat, eine einheitliche Position zu vertreten.

Ich warne noch einmal jene in unserer Partei davor, die glauben, sie könnten kurzfristige Erfolge bei Wahlen, in Erlangen oder sonst wo, dadurch erringen, dass sie sich von der Politik ihrer eigenen Regierung distanzieren und glauben machen wollen, man könne die Sozialsysteme so *belassen, wie vorher*. Nur durch die Beteiligung am innerparteilichen Entscheidungsprozess und dem geschlossenen Vertreten der einmal gefällten Entscheidungen, lässt sich auf längere Sicht die Glaubwürdigkeit unsere Politik herstellen und erhalten.



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

.....
Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....
Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

.....
Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

.....
Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....
Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 43226
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)



SPD - Rathaustelegramm

Fortschritt für die Barrierefreiheit: Neue Busrampe endlich eingeweiht

Für RollstuhlfahrerInnen stellen auch nur kleine Stufen oft ein unüberwindbares Hindernis dar. Vor allem bei Elektrorollstühlen, die über 100 kg wiegen, kann auch durch die Hilfe von MitbürgernInnen oftmals eine solche Hürde nicht genommen werden.

Deswegen hat das „Zentrum selbstbestimmtes Leben“, allen voran Frau Stricker, rechtzeitig vor Beginn des „Internationalen Jahres für Menschen mit Behinderungen“ 2003 (!) in Richtung Stadt und Stadtwerke eine ganz praktische Initiative gestartet: Die Anschaffung einfacher, klappbarer Einstiegshilfen. Denn noch nicht alle Busse in der Stadt verfügen über eine eingebaute Rampe. Die SPD-Fraktion, insbesondere die Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates der ESTW, Gisela Niclas, hat diese Initiative von Anfang an unterstützt. Für die Haushalte 2003 und 2004 hat sich für die knapp 10 000 Euro einmalige Anschaffungskosten leider keiner Mehrheit gefunden, wohl aber im Aufsichtsrat der Erlanger Stadtwerke. Nach einer Vorlaufzeit von immerhin fast zwei Jahren verschwindet nun endlich eine ärgerliche Hürde aus unserer Stadt. „Was lange währt, wird endlich gut. Ganz herzlichen Dank an das ZSL, Frau Stricker und die Erlanger Stadtwerke“, freut sich Gisela Niclas.

Die Erlanger Busse, die nicht ohnehin schon mit der modernen Absenktechnik ausgestattet sind, dass Rollstuhlfahrer problemlos einsteigen können, werden nun von den Erlanger Stadtwerken mit einer mobilen Rampe ausgestattet. Diese Rampe wird beim Busfahrer aufbewahrt und kann bei Bedarf an den Bus angelegt werden. Hierdurch ist es den Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrern möglich, jeden Stadtwerkebus im Stadtgebiet zu nutzen. Eine längere Wartezeit entfällt dadurch. Es ist wieder ein Schritt in Richtung barrierefreie Stadt getan.

Hartz IV: SPD-Fraktion setzt sich ein für die Erhaltung der Wohnung

Wohnen ist ein Grundrecht. Eine menschenwürdige Wohnung gehört nach der Definition der Weltgesundheitsorganisation (vgl. Ottawa Charta der WHO vom 21. November 1986) zu den „grundlegenden Bedingungen und Voraussetzungen für die Gesundheit“. „Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II in ihren Wohnungen bleiben können“, so die wohnungspolitische Sprecherin Ingrid Kiesewetter.

In einem Antrag, den die Fraktion Anfang Oktober an das zuständige Stadtratsgremium, den Sozial- und Gesundheitsausschuss gerichtet hatte, heißt es unter anderem:

„Im Rahmen der Umsetzung der Hartz IV-Gesetze wird es ab dem 1.1.2005 einer voraussichtlich erheblichen Zahl von Langzeitarbeitslosen und ihren Angehörigen nicht mehr möglich sein, ihre bisherige Wohnung zu behalten mit allen negativen Folgen (Verlust von Geborgenheit, Nachbarschaft, Einbindung in sozialen Einrichtungen, Schulen u.a.). Angesichts des bereits bestehenden und sich weiter verschärfenden Mangels an preisgünstigen Wohnungen ergibt sich hier ein großes soziales Konfliktpotential.

Nach der Entscheidung für die „Erlangen Lösung“ - der Option - gilt es nun, auch für die Praxis der Gewährung von Unterkunftskosten ein für die in unserer Stadt betroffenen Menschen angemessenes Konzept zu entwickeln. Vorrangiges Ziel muss es dabei sein, den Betroffenen das Verbleiben in ihrer Wohnung zu ermöglichen. Die Festlegung eines „Erlanger Konzeptes“ ist erst möglich, wenn die Wohnungssituation in ihrer Gesamtheit hinreichend erörtert wurde.“

Anlass zu diesem Antrag war die Vorlage einer Richtlinie des Sozialreferates über „angemessene Unterkunftskosten“. Ab 1.1.2005 sollen die bisher für die in Erlangen lebenden SozialhilfeempfängerInnen geltenden Regeln auch bei den Hartz IV-Betroffenen verbindliche Anwendung finden. Ab diesem Zeitpunkt sind nach Hartz IV allein die Kommunen für die Gewährung und Finanzierung von Wohngeld zuständig.

Die SPD-Fraktion hatte in ihrem Antrag dafür plädiert, zunächst keine Richtlinie zu beschließen. Sie verlangte stattdessen, dem Ausschuss erst einmal detaillierte Informationen über den neuen Kreis der HilfeempfängerInnen vorzulegen und darüberhinaus, eine sorgfältige Erörterung des Erlanger Wohnungsmarktes vorzunehmen. Schließlich hatte der im Sommer vorgelegte Wohnungsbericht 2003 deutlich aufgezeigt, dass der Mangel an Sozialwohnungen bzw. preisgünstigem Wohnraum in Erlangen immer größer wird.

Die Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas wollte daher in der SGA-Sitzung Anfang Oktober vor allem wissen, wie angesichts fehlender preisgünstiger Alternativen am Wohnungsmarkt das Sozialreferat die neue Richtlinie sozial gerecht umzusetzen gedenke. Sozialreferentin Preuss und der zuständige Amtsleiter konnten über die künftigen HilfeempfängerInnen nicht nur keinerlei Auskunft geben, „die haben wir erst Ende 2005“, sie bestätigten die SPD obendrein in ihren



SPD – Rathaustelegramm

Befürchtungen; auch sie gehen davon aus, dass man mit „einer größeren Zahl der HilfeempfängerInnen über ihre Wohnung wird reden müssen“. Dabei werde man mit „Augenmaß“ vorgehen. Gegen die Stimmen von SPD und Grüner Liste hat die Mehrheit von CSU und FDP die Richtlinie beschlossen.

Fazit der SPD-Fraktion: „Mit Augenmaß“- das klingt freundlich, ändert aber nichts an der Tatsache, dass die von Hartz IV betroffenen Menschen ab Januar im Sozialamt nicht nur ihre Wohnungssituation zu rechtfertigen haben; eine „größere Zahl“ muss auch damit rechnen, zum Umzug aufgefordert zu werden. Das ist hart für Menschen, denen gleichzeitig noch die Arbeitslosenhilfe gekürzt wird oder diese gar ganz wegfällt. Es ist kein überzeugender Ausdruck verantwortlicher Sozialpolitik, eine Richtlinie zu beschließen, d.h. Menschen Vorgaben für ihre Wohnsituation zu machen, ohne ihre Situation und Bedürfnisse zu kennen und gleichzeitig zu wissen, dass es gar nicht genug preiswerte Wohnungen gibt.

Die Interessen der HilfeempfängerInnen werden dem Kostenbegrenzungsdiktat der Stadtspitze und der sie tragenden politischen Mehrheiten untergeordnet. Die SPD-Fraktion wird dieses Thema beharrlich weiterverfolgen.

Vorgänge bei der EKM: SPD fordert öffentliche Erklärung der Stadtspitze

Die SPD Fraktion reagiert unmittelbar auf die Berichterstattung in den Erlanger Nachrichten vom 16.10.2004 und fordert den Oberbürgermeister auf, eine öffentliche Erklärung abzugeben und dabei folgenden Antrag:

Die SPD-Fraktion hat sich bisher im Zusammenhang mit den zu klärenden Vorgängen bei der Renovierung der Lades-Halle strikt an die durch die Geschäftsordnung des Stadtrates gebotene nicht-öffentliche Behandlung gehalten. Insbesondere hat unser Fraktionsmitglied Robert Thaler in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses sowohl verwaltungsintern im Rahmen einer regulären und zweier von ihm zu dieser Angelegenheit einberufenen Sondersitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses (RPA) auf die umgehende und umfassende Aufklärung der im Prüfbericht festgestellten Unstimmigkeiten gedrängt. Unsere Fraktion hat seit Vorlage des Prüfberichts am 30.06.2004 darüberhinaus Berichtsansträge und Anfragen in nicht-öffentlicher Sitzung sowohl des HFPA als auch des BWA gestellt. Unser wichtigstes Anliegen war und ist es dabei, alle Unstimmigkeiten schnellstmöglich aufzuklären, Verantwortlichkeiten festzustellen um den Schaden für die Stadt zu begrenzen.

Angesichts der jüngsten Berichterstattung in den Erlanger Nachrichten vom 16.10.2004 hierzu, halten wir es für unabdingbar, dass Stadtspitze und Stadtrat gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu den Vorgängen klar Stellung nehmen. Wir stellen daher zum HFPA am 20.10.2004 folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Oberbürgermeister berichtet in öffentlicher Sitzung über den aktuellen Stand der Untersuchungen und die bisher unternommenen Schritte. Insbesondere folgende Fragen sind dabei zu beantworten:

- Wann hat die Stadtspitze zum ersten Mal Kenntnis von dieser Angelegenheit erhalten und wie hat sie reagiert?
- Welche Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten bestehen innerhalb der Verwaltung, der EKM und des Aufsichtsrats einschließlich seines Vorsitzenden?
- Was ist zur Arbeitsweise der jeweils zuständigen Kämmerer – in Personalunion Aufsichtsratsvorsitzende der EKM – hinsichtlich ihrer Kontrollpflichten zu sagen.
- Wie und in welchem zeitlichen Rahmen sollen die noch ungeklärten Sachverhalte aufgearbeitet werden, insbesondere die Unstimmigkeiten bei den Vergaben der Baumaßnahmen?
- Welche Konsequenzen zieht die Stadtspitze aus diesen Vorgängen, um zukünftig Vorfällen dieser Art vorzubeugen?

Unsere Anträge:

- Aktuelle Stunde – Ausländerpolitik in Erlangen
- Berichterstattung über „Stolpersteine gegen das Vergessen“
- Sitzgelegenheiten an Bushaltestellen
- Sofortmaßnahmen zur Lärmreduzierung auf den Autobahnen A3 und A73 im Stadtgebiet
- Gegen Mieterhöhungen bei der GeWoBau wegen Zinsanhebungen durch das Land Bayern

Sollten Sie Interesse an einzelnen Anträgen haben, schauen Sie ins Internet unter www.spd-fraktion-erlangen.de oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen den Antrag per E-Mail zu. spd@erlangen.de

Kontakt:

SPD – Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz
1, 91052 Erlangen
Telefon 09131-862225
Fax 09131-862181
Mail spd@erlangen.de
Internet www.spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathaustelegramm wird erstellt durch die SPD – Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.
Verantwortlich: Gisela Niclas
Redaktionelle Gestaltung: Christian Pech

VOLKSBEGEHREN

Aus Liebe zum Wald



**In Erlangen:
Eintragungsmöglich-
keiten während der
Eintragsfrist**

**1. Zentrale Eintragungsstelle im Rathaus, Rathausplatz 1,
Konferenzraum im 1. Obergeschoss**

Beginn: Dienstag, 16. November 2004, 8.00 Uhr

Montag bis Mittwoch	8.00 - 18.00 Uhr
Donnerstag	8.00 - 20.00 Uhr
Freitag	8.00 - 14.00 Uhr

**Samstag 20. November 2004 und 27. November 2004
10.00 - 14.00 Uhr**

**2. Zusätzliche Eintragungsmöglichkeiten
jeweils in der Zeit von 19.00 bis 21.00 Uhr**

**Dienstag, 16. November 2004, Adalbert-Stifter-Schule, Sieglitzhofer Str. 6, Eingang Ritzerstr.
Mittwoch, 17. November 2004, Hermann-Hedenus-Schule,
Schallershofer Straße 20**

Montag, 22. November 2004, Schule Dechsendorf, Campingstr. 32

Dienstag, 23. November 2004, Schule Eltersdorf, Tucherstraße 16

Mittwoch, 24. November 2004, Schule Frauenaurach, Keplerstr. 1,

Freitag, 26. November 2004, Heinrich-Kirchner-Schule, Dompropstr. 6,

Montag, 29. November 2004, Schule Tennenlohe, Enggleis 6

**Jeder Stimmberechtigte muß sich mit einem amtlichen Ausweis
(Personalausweis, Reisepass, Führerschein) ausweisen.**

SPD